



Konzentration: Ja, aber wie?

Im März steht mit dem Bericht «Standortkonzentration Berner Fachhochschule (BFH)» ein auch innerhalb der SP umstrittenes Geschäft auf der Traktandenliste des Grossen Rats. Unsere Regierungsrätin und die SP-Stadtpräsidenten der drei Standorte präsentieren hier ihren Standpunkt.

Die Zukunft der BFH steht auf dem Spiel

Im Jahre 2009 hat der Regierungsrat beschlossen, die Berner Fachhochschule an einem oder zwei Standorten zu konzentrieren. Nach einer langen Standortevaluation hat er sich für eine Teilkonzentration in Biel und Bern entschieden.



Der Entscheid des Regierungsrates ist wohlüberlegt, gut geprüft und für die BFH die beste Lösung. Diese steht in harter Konkurrenz mit anderen Fachhochschulen. Ihr Nachteil: Sie ist heute auf 26 Standorte verzettelt. Die Konkurrenz hingegen verfügt über moderne Campus an zentralster Lage. Ohne Konzentration steht langfristig die Existenz der ganzen BFH auf dem Spiel. In einem ersten Schritt soll in Biel ein neuer Campus Technik geschaffen werden. Mit der Konzentration der Techniksparten in der «Innovationsstadt» Biel lassen sich Synergien erzielen und Raumkosten sparen. Die Chancen für einen nationalen Innovationspark in Biel steigen. In einem zweiten Schritt werden die restlichen Bereiche in Bern konzentriert. Die Kommission fordert nur einen kleinen Campus Technik und Informatik (ohne Bau und Architektur). Die übrige Zusammenführung sei nochmals zu prüfen. Dies ist keine zukunftsfähige Lösung und zementiert letztendlich den Status quo. Für die Zukunft der BHF ist es deshalb wichtig, dass die SP-Fraktion im März für die regierungsrätliche Lösung stimmt.

Barbara Egger-Jenzer Regierungsrätin

Bern braucht eine starke Fachhochschule!

Dazu muss sich die BFH an den Bedürfnissen der Studierenden, der Dozierenden, der Wirtschaft und der Forschung ausrichten. Sie muss neben dem Unterricht auch Angebote in Forschung, Dienstleistungen und Weiterbildung anbieten. Diese verlangen eine zeitgemässe Infrastruktur sowie eine konzentrierte Organisation, die echtes interdisziplinäres Arbeiten fördert. Die BFH mit ihren 26 Standorten riskiert den Anschluss zu verlieren, was zum Schaden des ohnehin bereits um seine Bedeutung kämpfenden Wirtschaftsstandortes Kanton Bern wäre.



Industriell ist unser Kanton vor allem in der Hightech- und Präzisionsindustrie stark und die Unternehmungen brauchen qualifizierte Fachkräfte, welche die BFH ausbildet. Doch ausgerechnet in den technischen Disziplinen weist die BFH heute die grösste räumliche Verzettlung auf!

Die grösste Konzentration von High-Tech-Unternehmungen findet sich in der Region Biel-Seeland-Berner Jura und die Stadt Biel kann ein den Bedürfnissen des Campus Technik der BFH perfekt entsprechendes Grundstück direkt am Bieler Bahnhof rasch zur Verfügung stellen. Ein Entscheid für die Teilkonzentration der BFH mit einem Campus Technik im zweisprachigen Biel/Bienne ist ein Entscheid, welcher den Kanton Bern insgesamt stärkt!

Erich Fehr Stadtpräsident Biel/Bienne

Mehr Bildung statt Beton

Wir wollen die BFH konzentrieren, damit sie konkurrenzfähig bleibt. Die Regierung verfolgt aber die falsche Strategie. Neubauten für mehr als 600 Millionen Franken sind für den finanzschwachen Kanton Bern zu teuer. Der Konzentrationseffekt ist zu gering und kommt teilweise zu spät. Die BFH in Bern bleibt mehr als zehn Jahre lang auf zahlreiche teure Mietliegenschaften verstreut, während in Burgdorf kantonseigene Infrastrukturen an bester Lage leer stehen. Das ist weder im Sinne der BFH noch des Kantons, noch seiner Regionen.



Für Innovation muss viel in Qualität von Lehre und Forschung sowie ins Management investiert werden. Dieses Geld fehlt, wenn zu teuer gebaut wird. «Mehr Bildung statt Beton», «haushälterisch handeln ohne Luxus» und «optimieren vor investieren» heissen unsere Kernforderungen für die künftige BFH. Wir haben aufgezeigt, dass die BFH mit der Hälfte der Mittel besser und rascher gestärkt werden kann – hauptsächlich in Biel und Burgdorf.

Die Kommission des Grossen Rates erkannte dies. Ihre Planungserklärung geht in die richtige Richtung – bildungspolitisch, finanzpolitisch und regionalpolitisch. Sie rechnet mit massvollen Neubauten und spielt damit Geld frei für hochstehende Bildungs- und Forschungsqualität an der BFH. Das macht sie exzellent.

Elisabeth Zäch Stadtpräsidentin Burgdorf

Nur die beste Lösung ist gefragt!

Die BFH ist eine junge Institution, die mit grosser Anstrengung hervorragende Aufbauarbeit geleistet hat. Sie ist einer grossen nationalen und internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Jetzt ist ein existenzsichernder Ausbauschritt nötig. Die räumliche Konzentration ist dabei die wichtigste Massnahme, um die Zukunft der Schule zu sichern. Im Bericht des Regierungsrats schneidet die Variante Vollkonzentration in der Stadt Bern am besten ab. Das erstaunt nicht, denn die Stadt Bern verfügt im Kanton über die grössten Standortvorteile. Nebst der hervorragenden Erreichbarkeit und dem guten Ruf als Bildungsstandort sind es auch weiche Standortmerkmale, die für die Wahl der Studienorte von Studierenden wichtig sind. Dazu zählen vielfältige Freizeit-, Kultur- und Sportangebote.



Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Teilkonzentration Bern-Biel ist aus Stadtberner Sicht akzeptabel. Die Konzentration der Technik in der Nähe des Industriestandorts Biel-Jura leuchtet ein und kann der BFH Vorteile bringen. Eine Verlagerung des Departements WGS (Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit, Soziale Arbeit) nach Burgdorf hingegen macht – ausser dem regionalpolitischen – unter keinem anderen Titel Sinn. Regionalpolitik in Ehren – aber bitte nicht auf dem Buckel der gesamtkantonalen Bildungspolitik.

Alexander Tschäppät Stadtpräsident Bern



SPITZE FEDER

Wir brauchen neue Banken

Ich dachte, es sei eine Kernkompetenz der Banken, der Realwirtschaft, den Staaten oder Privaten Kredite für ihre Innovationen, Investitionen oder ihren Konsum zur



Verfügung zu stellen. Damit würden unter anderem Arbeitsplätze geschaffen. Wie wenn ich jemandem Geld ausleihe,

würde sich die Bank überlegen, für wie lange und mit welchem Ausfallrisiko sie dies tut. Doch nichts von all dem: Statt bei riskanten Geschäften Vorsicht walten zu lassen, legen heutige Bankmanager noch eins drauf, damit der kurzfristig realisierte Bonus neben der Jacht auch für das Ferien-Appartement reicht. Ich bin nicht neidisch, aber ich werde wütend, wenn die breite Bevölkerung diesen Luxus mit ihren Steuern finanzieren muss. Die Banken sind «too big to fail» und wollen das auch bleiben. Völlig verständlich: welcher vernünftige Mensch würde freiwillig auf eine Gratis-Staatsgarantie verzichten. Unsummen wurden von der öffentlichen Hand an die am Abgrund stehenden «privatwirtschaftlichen» Banken umverteilt. Die Welt steht Kopf! Eine Bilanz der in den letzten 10 Jahren von Banken ausbezahlten Boni und Dividenden und der im gleichen Zeitraum von den Staaten in die Banken eingeschossenen Mittel wäre wohl ziemlich ausgeglichen. Wir Steuerzahlenden haben die Boni und Dividenden der Banker bezahlt! Aber es kommt noch besser: Infolge Kreditknappheit und Spardrucks werden dann in der Realwirtschaft und bei der staatlichen Hand auch noch Arbeitsplätze gestrichen. Solche Raubbanken braucht niemand!

Daniel Furter, Parteisekretär
SP Kanton Bern



Fukushima-Jahrestag: Der Menschenstrom marschiert zum Altreaktor Mühleberg – mitmachen und weiter erzählen!

Menschenstrom nach Mühleberg

Zum dritten Mal ruft eine breite Allianz von atomkritischen Organisationen für den 11. März zu einem Menschenstrom auf. Vor der Kulisse des Altreaktors Mühleberg wollen wir friedlich die Energiewende einfordern. Jürg Joss

Ein Tag wie jeder andere: Fröhliche Menschen schlenderten durch Bern, vergnügten sich im Freibad Marzili, campierten am Wohlensee. Im nahen Mühleberg bereiteten Techniker die Inbetriebnahme des neu erbauten AKW vor. Die Leistungsanzeigen standen auf 50 Prozent. Doch am 28. Juli 1971 kam es an der Turbogruppe B zum Austritt von Hydrauliköl, dieses entzündete sich und es kam zu einem folgenschweren Brand. Die Stromversorgung mehrerer Sicherheitssysteme fiel aus. Auch den abgebrühtesten Technikern lief kalter Schweiß über die Stirn.

Zum Glück kam es nicht zum GAU. Heute wissen wir mehr: Das AKW Mühleberg kann einem Flugzeugabsturz oder Erdbeben nicht standhalten, es hat Risse im Kernmantel, ist überaltert und liegt nur eine Flussbiegung unterhalb der Wohlensee-Staumauer. Glauben wir dem eidgenössischen Nuk-

learsicherheitsinspektorat ENSI und warten ruhig all die offenen Abklärungen ab? Hält die Staumauer, welche im ersten Weltkrieg erbaut wurde? Wird die falsch bemessene Überflutung das AKW verschonen, werden die eingelagerten Notfallmittel verfügbar sein? Oder glauben wir der BKW, die uns immer wieder versichert, dass das AKW immer sicher war und bleiben wird. Dies obwohl die BKW erst in ein paar Jahren eine Notkühlanlage bauen will und es nicht nötig findet, den rissigen Kernmantel auszutauschen, wie dies weltweit andere AKW taten.

Was unterscheidet Mühleberg von Fukushima? Nicht viel! Wie das AKW Fukushima ist Mühleberg ein Ende der 60er-Jahre aus den USA gelieferter Siedewasserreaktor mit einer Ummantelung (Containment) vom Typ Mark1. Wie Fukushima kann Mühleberg einem Erdbeben oder einer

Flutwelle nicht viel entgegenhalten. Beide sind Reaktoren der ersten Generation und würden als neu gebaute Reaktoren keine Betriebsbewilligung erhalten! Während Japan 51 und Deutschland sieben AKW ausser Betrieb nahm, haben es AXPO und BKW mit Hilfe des ENSI geschafft, die Alt-Reaktoren Beznau und Mühleberg am Netz zu halten. Kurz nach dem GAU in Japan stellte das ENSI PR-Leute ein und spiegelte mit einer Kommunikationsoffensive und Schlagworten wie Sicherheitsüberprüfung und Stresstest der Öffentlichkeit Sicherheit vor. Sind Schweizer AKW sicherer? Das einzige von Schweizer Technikern erbaute AKW Lucens hat sich 1969 durch eine Teilkernschmelze selbst stillgelegt und wartet nun im Zwischenlager Würenlingen auf ein Endlager.



Jürg Joss, SP-Gemeinderat
Bätterkinden, Vizepräsident
Fokus Anti-Atom, Präsident
Mühleberg Ver-fahren

MENSCHENSTROM AM 11. MÄRZ: ALLE KOMMEN!

Über 40 Organisationen inklusive SP rufen zum friedlichen Marsch mit anschliessender Kundgebung beim Atomkraftwerk Mühleberg auf. Gemeinsam fordern sie die Ausserbetriebnahme der AKW Mühleberg und Beznau, die Konkretisierung des Atomausstiegs sowie einen raschen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen. Details zu Anreise und Programm: www.menschenstrom.ch

INITIATIVE MÜHLEBERG VOM NETZ: EINGEREICHT

Am 10. Februar reichten engagierte Private die kantonale Initiative «Mühleberg vom Netz» mit über 15 000 gültigen Unterschriften ein. Das innert 10 Wochen realisierte Volksbegehren will den Kanton Bern verpflichten, als Mehrheitsaktionär des Energiekonzerns BKW für die sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg zu sorgen. www.muehleberg-vom-netz.ch

MÜHLEBERG VER-FAHREN: URTEIL ERWARTET

Am 17. Dezember 2009 erteilte das UVEK dem AKW Mühleberg eine unbefristete Betriebsbewilligung. Innert 30 Tagen erhoben mehr als 100 Kläger um das AKW Mühleberg beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen den Entscheid. Am 13. Dezember 2011 kam es in Bern zu einer öffentlichen Verhandlung, das Urteil wird Anfang 2012 erwartet. www.muehleberg-ver-fahren.ch

FRAUENLÖHNE:

Tiefer in die Tasche greifen

Der Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» ist in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz verankert. Die Realität sieht immer noch anders aus. Barbara Nyffeler

Gleiche und gleichwertige Arbeit muss für Frauen und Männer gleich entlohnt werden. Doch Frauen werden nach wie vor lohn­mässig diskriminiert, und sie verdienen oft auch wenig. Während vielen Jahren war die Lohndiskussion aufgrund fehlender Vergleichsdaten schwierig. So fehlten meist die allgemein zugänglichen Grundlagen, um die lohn­mässige Benachteiligung von Frauen nachzuweisen. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation deutlich verbessert.

Neu: detaillierte Statistiken

Mit der Lohnstrukturerhebung 2010 liegen nun detaillierte Statistiken vor zur Höhe der Löhne in der Schweiz und deren Verteilung nach Geschlecht, Region und Branche. Vor zwei Jahren wurde zudem der Schlussbericht «Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2008» publiziert. Die Ergebnisse überraschen uns nicht. Sie belegen wissenschaftlich, was

wir schon lange wissen: Frauen verdienen weniger als Männer!

Differenz von 19 Prozent

Im Jahr 2008 betrug der so genannte Medianlohn – für die Hälfte der Arbeitsstellen liegt der Lohn über, für die andere Hälfte unter diesem Wert – für einen Mann mit einer Vollzeitstelle 6173 Franken. Die gleiche «statistische» Frau verdiente nur 4964 Franken, eine satte Differenz von 19 Prozent. Nicht jeder Lohnunterschied bedeutet eine Diskriminierung. Zwei Drittel der Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen lassen sich erklären mit Merkmalen wie berufliche Stellung, Qualifikation, Region oder Branche. Aber ein Drittel der Differenz bleibt und weist auf eine Diskriminierung hin. Die Lohnunterschiede sind nicht überall gleich ausgeprägt:

■ Die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerlöhnen sind in der öffentlichen Verwaltung weniger gross als in der Privatwirtschaft. Auch der Bildungsbereich

sowie das Gesundheits- und Sozialwesen stehen ähnlich da. Öffentliche Arbeitgeber nehmen die Verantwortung anscheinend eher wahr. Grösser ist die Lohndiskriminierung in der Industrie.

■ In der Schweiz gibt es ein West-Ost-Gefälle. Die Lohndiskriminierung ist in der Westschweiz deutlich weniger ausgeprägt als in der Nordwestschweiz, dem Tessin oder der Ostschweiz.

Frauen in schlecht entlohnten Berufen

Frauen verdienen nicht nur weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Sie sind oft in Berufen tätig, die schlecht entlohnt werden. 3986 Franken pro Monat bei 40 Wochenstunden Arbeit – so hoch ist der statistisch ausgewiesene Tieflohn in der Schweiz gemäss Lohnstrukturerhebung 2010. Gut 19 Prozent der erwerbstätigen Frauen fallen in diese Kategorie, aber nur knapp sieben Prozent der Männer. Fünf Prozent der Frauen verdienen sogar weniger als 3000 Franken pro Monat. Sie sind vor allem im Detailhandel, bei den persönlichen Dienstleistungen und im Gastgewerbe anzutreffen.

Die Zahlen zeigen: Lohndiskriminierung existiert nach wie vor, trotz Information und entsprechender Verfahren zur Durchsetzung gleicher Löhne für gleichwertige Arbeit. Für viele Frauen liegt die Problematik aber wohl eher im absolut gesehen tiefen Lohn.



Barbara Nyffeler, Mitglied des Leitungsgremiums SP Frauen Kanton Bern

Links.BE zeigt in loser Folge auf, wie sich die Lohnsituation heute präsentiert und mit welchen Strategien Frauen künftig gleiche bzw. faire Löhne erhalten können.



SP-FRAUEN

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen ...

Die eidgenössischen Wahlen gehören der Vergangenheit an, die Resultate wurden ausgewertet und gewürdigt. Nun gilt es die nächsten Wahlen vorzubereiten,



die kantonalen Wahlen vom März 2014. Die kantonalen Wahlen 2010 sorgten für eine grosse Enttäuschung. Dies

nicht nur wegen des schlechten SP-Resultats (WählerInnenanteil auf 18,9% abgesackt), sondern auch wegen des unerfreulichen Abschneidens der Frauen. Die Frauenvertretung in der SP-Fraktion sank auf 12 Personen (34%); zusätzlich wurden drei bisherige Frauen abgewählt. Für die stolze Frauenpartei SP ein herber Rückschlag, der in zwei Jahren zwingend korrigiert werden muss.

Die SP verfügt nicht nur über viele kompetente Kommunalpolitikerinnen auf dem Land und in der Stadt, sondern auch über viele politisch interessierte Frauen. Diese müssen bereits heute für eine Kandidatur aktiv angesprochen und motiviert werden.

Geschlechterparitätisch zusammengestellte Listen in den einzelnen Wahlkreisen sind zwingend, denn je mehr Frauen kandidieren, desto mehr Frauen werden auch gewählt.

Die Kantonalpartei will dabei ihre Verantwortung aktiv wahrnehmen: Ein frauenspezifisches Projekt ist in Arbeit und wird im Laufe des Frühlings den Regionalverbänden vorgestellt.

Denn: Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur predigen, sondern auch leben!

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin
SP Kanton Bern



Fast ein Fünftel der Frauen verdienen bei einer Vollzeitstelle weniger als 4000 Franken pro Monat.

ENDSPURT

Gemeinsam die Wahlen gewinnen

Im Jahr nach den nationalen Wahlen stehen jeweils in vielen Berner Gemeinden eigene Wahlen an. Zeit für die Sektionen Kandidierende zu suchen, die Kampagne zu planen, Flyer zu gestalten und Aktionen zu organisieren. Die Kantonalpartei unterstützt die Sektionen auch dieses Jahr mit Know-how.

Die SP Kanton Bern bietet fünf Bildungsveranstaltungen an, welche sich für die Gemeindewahlen nutzen lassen. Bei den Veranstaltungen soll jeweils auch das gegenseitige Austauschen und Vernetzen unter den Sektionen nicht zu kurz kommen. Wir freuen uns über zahlreiche Anmeldungen aus dem ganzen Kanton bis jeweils eine Woche vor Veranstaltung an sekretariat@spbe.ch. Weitere Unterlagen zu den Bildungsveranstaltungen und Anmeldetalon auf www.spbe.ch > Partei > Bildung

■ **Kurs 1: Gemeindewahlen – Wie gewinnen wir?** 6. März, 18.30–21 Uhr Wie planen wir unsere Kampagne, auf welche Themen, welche Instrumente setzen wir? Was hat sich in anderen Gemeinden bewährt?



Ein selber gebasteltes SP-Plakat aus dem letzten Workshop.

■ **Kurs 2: Erfolgreiche Mitgliederwerbung.** 27. März, 18.30–21 Uhr Die Kandidierendensuche und Wahlwerbung sind ideale Zeitpunkte, um auch Neumitglieder zu werben. Wie gehen wir dabei am besten vor?

■ **Kurs 4: Schulung Webtool SP Kanton Bern.** 15. Mai, 18.30–21 Uhr Lieber keine Website als eine total veraltete – vor allem im Wahljahr. Das Webtool der SP Kanton Bern bringt eure Sektionswebsite auf den neusten Stand.

■ **Kurs 5: Ich kandidiere in meiner Gemeinde.** 18. Juni, 18.30–21 Uhr Die Kandidierenden erfahren alles über erfolgreichen Auftritt, Kommunikation und Kampagnenführung.

■ **Kurs 6: Wir basteln Plakatständer.** 28. August, 18.30–21 Uhr Rechtzeitig zum Wahlherbst basteln wir nach dem letztjährigen Grosse Erfolg gemeinsam Plakatständer, welche in der Gemeinde aufgestellt werden können. Diese Veranstaltung findet in den Freizeitwerkstätten Tscharnergut statt.

Alle Bildungsveranstaltungen sind kostenlos und finden im SP-Sekretariat in Bern, Monbijoustrasse 61, 3. Stock, statt (Tram Nr. 9 bis Haltestelle Sulgenau).

ROTES BRETT

Kalender SP Langenthal 2012

Humorvoll, bunt und mit einem guten Schuss Selbstironie präsentiert die SP Langenthal einige ihrer Ideen für ein schöneres, besseres und sozialeres Langenthal in Form eines Kalenders für das Wahljahr 2012. Eine originelle Idee, um das ganze Jahr bei der Bevölkerung präsent zu sein. Wer für seine Sektion auch so etwas ins Auge fassen möchte, nimmt am besten mit dem Grafiker Tinu Spotti Kontakt auf: service@spotti.ch, +41 (0)62 530 17 05



Gratis in:

Altes Schlachthaus Herzogenbuchsee
Fabrikstrasse 4, www.alteschlachthaus.ch
3.3., 20 Uhr «Claudio S. Zuccolini-Erfolgsprogramm»

In seinem dritten Bühnenprogramm verkauft Claudio S. Zuccolini Erfolg! Erfolg! Und nochmals Erfolg!

Thuner Stadtorchester im KKThun

Schadausaal
24.3., 19.30 Uhr und 25.3., 17 Uhr
3. Sinfoniekonzert: Johannes Brahms
Violinkonzert D-Dur, op. 77 und Sinfonie
Nr. 2 D-Dur, op. 73

Pro Vorstellung erhalten zwei Personen gegen Vorweisen der SP-Karte freien Eintritt. Reservation direkt bei der Veranstalterin mit dem Hinweis «SP-Stühle».

AGENDA

6. März

BV Gemeindewahlen – Wie gewinnen wir?
(siehe oben)

11. März

Menschenstrom nach Mühleberg
(siehe Artikel in diesem Links.BE und www.menschenstrom.ch)

11. März

Nationale Abstimmungen

27. März

BV Erfolgreiche Mitgliederwerbung
(siehe oben)

9. Juni

Parteitag der SP Kanton Bern
in Biel/Bienne

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096,
3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: linksabo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Daniel Furter
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
12. März 2012

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch